

Immer tiefer in die Barbarei

Refordtempo des wirtschaftlichen Niedergangs im Hoover-Festjahr — Vor einer neuen Verschärfung der Krise — Nur der revolutionäre Ausweg dringt Arbeit, Brot und Freiheit! — Darum Massenkampf und Massenagitation für die KPD., Liste 3!

Grade ein Jahr ist vergangen, seit der amerikanische Präsident Hoover das sogenannte Festjahr verkündete, in dem nur ein Bruchteil der Reparationen gezahlt zu werden brauchten. Das Festjahr wurde von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse mit hemmungsloser Begeisterung begrüßt. Ueberblickt man heute das Ergebnis des Hoover-Festjahres, dann wird dieser Massenbetrug durch die SPD-Führer völlig klar. Dafür nur einige Tatsachen:

Die Kohleproduktion im Juni betrug nur noch 10331 Tonnen pro Tag. Nur 12 Prozent der Produktionskapazität werden noch ausgenutzt. Von 155 vorhandenen Hochofen sind nur noch 38 im Betriebe. Die Kohleproduktion ist im Juni sogar um 28 Prozent gesunken. Im Ruhrgebiet sind über 100 moderne Bergbaubetriebe stillgelegt. Das größte Granitsteinindustriegebiet Deutschlands ist reiflos stillgelegt.

Der Außenhandel im ersten Halbjahr 1932 ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 37,3 Prozent zurückgegangen.

Wägen im Monat Mai betrug das Steuerdefizit des Reiches 100 Millionen Mark.

Die Bautätigkeit ist nicht halb so hoch wie vor einem Jahr.

Die Sparfalleinlagen haben um über eine Milliarde Mark abgenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist um anderthalb Millionen höher als im vorigen Jahr.

Der Durchschnittslohn der Industriearbeiter ist von über 31 Mark pro Woche im Vorjahr auf rund 22 Mark gesunken.

Das ist das Ergebnis des Jahres, in dem die Youngkreditgeber geleistet wurden. Der Niedergang des kapitalistischen Systems geht im Refordtempo vor sich.

Lausanne — und was jetzt?

Großtönend verkündete die bürgerliche Presse, daß mit dem Abschluß des Lausanner Paktes endgültig ein Strich unter die wirtschaftlichen Reparationen gemacht worden sei. Aber nach vorläufiger Berechnung bürgerlicher Wirtschaftler werden die gesamten Tributzahlungen in den nächsten Jahren über zwei Milliarden Mark pro Jahr betragen. Das heißt nichts anderes, als daß die jährlichen Tribute an das internationale Finanzkapital etwa doppelt so hoch sind, wie in den ersten beiden Jahren des Dawesplanes.

Die kapitalistische Presse wagt heute nicht mehr, den Massen Hoffnung auf einen Aufschwung zu machen. Das überläßt sie dem „Vorwärts“, der als einzige Zeitung die Massen mit der Erwartung eines Umschwungs in der Wirtschaftslage zu täuschen sucht.

Tatsache ist aber, daß sich die Krise in den nächsten Monaten unaufhaltsam verschärfen wird. Daher bereiten die Kapitalisten bereits jetzt neue Maßnahmen vor, um die Kosten auf dieser weiteren Krisenverschärfung auf die Werktätigen abzuladen. Arbeitsdisziplinpflicht, neue Zölle, neue Subventionen an die Großkapitalisten — das ist das Programm, mit dem die Papen-Regierung „das Chaos verhindern“ möchte.

Eine neue Krisenverschärfung steht bevor

Eine neue Krisenverschärfung steht bevor. Die Hauptursachen für diese erneute Verschärfung der Krise sind: Welthandelskrumpfung, „Ende der Saison“, Senkung der Massenkaufkraft.

Welthandelskrumpfung. Die deutsche Ausfuhr ist im letzten Halbjahr um 37,3 Prozent gesunken. Die Massenverelendung in den übrigen kapitalistischen Ländern senkt die Absatzmöglichkeiten für die deutsche Industrie immer mehr. Gleichzeitig erschweren Zollerhöhungen, Einfuhrbeschränkungen und sogar Einfuhrverbote die deutsche Ausfuhr. Vor allem führen auch die deutschen Zollmaßnahmen, die den Industriellen und Großagraren höhere Profite durch Beseitigung der Auslandskonkurrenz sichern sollen, zu Gegenmaßnahmen der übrigen kapitalistischen Länder. Deutschland befindet sich mitten in einem gewaltigen Welthandelskrieg, der

im letzten Halbjahr etwa 150 000 deutschen Arbeitern den Arbeitsplatz und damit Brot und Arbeit gekostet hat.

Gleichzeitig geht die Sommer-„Saison“ ihrem Ende entgegen. Die „Saison“ ist an sich schon in diesem Jahr beinahe ausgefallen. Aber immerhin haben durch sie doch noch fast eine halbe Million Arbeitslose wieder Arbeit gefunden. Diese halbe Million wird in den nächsten Monaten wieder auf die Straße gemorfen werden, und viele Hunderttausende noch dazu.

Gleichzeitig sinkt die Massenkaufkraft immer weiter. Und sinkende Massenkaufkraft bedeutet sinkende Absatzmöglichkeit und damit sinkende Produktion und sinkende Beschäftigung. Man muß damit rechnen,

daß in den nächsten Monaten mindestens eine Million Arbeiter auf die Straße geworfen werden.

Die kapitalistische Perspektive für die kommenden Monate und den Winter ist ganz klar, sie lautet: weitere Krisenverschärfung, neues unsagbares Elend.

Der einzige Ausweg aus der Krise

Diese Entwicklung der Krise ist ein schwerer Schlag gegen die Demagogie der Hitlerpartei, die stets behauptete, die Reparationen seien an allem Elend schuld. Jetzt zeigt sich klar für jeden Werktätigen, daß die Krise unaufhaltsam weiter schreitet, obwohl fast keine Youngkreditgeber geleistet werden. Daraus ergibt sich ganz eindeutig, daß die Krisenursache nicht in den Reparationen liegt, sondern in dem kapitalistischen Ausbeutungssystem.

Ebenso kräftig sind die Ohrfeigen, die diese Entwicklung den sozialdemokratischen Kurpfuschern am Kapitalismus verleiht. Diese Leute, die ein „Umbauprogramm“ des todgeweihten Kapitalismus aufstellen, die alles anwenden, um den

Kapitalismus über Wasser zu halten, führen bewußt die Arbeiter und Werktätigen Deutschlands immer tiefer in die Barbarei hinein.

Aber die Massen wollen nicht verhungern. Sie wollen nicht sterben, damit die kapitalistischen Geldherrscher weiterleben und die Massen ausplündern können. Die Massen wollen leben, dazu ist aber notwendig, daß der Kapitalismus sterbe. Nur Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems

beseitigt die Krise und ihre Ursachen. Arbeit, Brot und Freiheit für alle schaffenden Massen in Stadt und Land gibt es erst in einem sozialistischen Rätedeutschland.

Dazu rufen wir euch auf, dazu formieren wir die roten Kampfbrigaden der Antifaschistischen Aktion! Jeder Arbeiter und Werktätige ein Kämpfer für Arbeit, Brot und Freiheit! Jeder Antifaschist und Antikapitalist zeigt diesen Kampfwillen auch am 31. Juli durch die Wahl der KPD., Liste 3!



Heute trat die notverordnete Salzsteuer in Kraft. Zum Lohnraub, zum Renten- und Unterstützungsabbau, zur preussischen Schlachtsteuer und Mietpreiserhöhung noch Verteuerung des Salzes. So plündert auch der Kapitalismus aus! Die braunen Notverordnungsjacken verteidigen diese Hungerdiktatur durch blutigsten Terror gegen die Arbeiter. Die SPD-Führer verteidigen sie durch Sprengung der kämpfenden Einheit, durch Abwägung aller außerparlamentarischen Massenaktionen, durch Einsatz der preussischen Staatsmacht gegen die demonstrierenden Arbeiter. Nur der Kommunismus enteignet die Millionäre und Volkselnde und gibt das Brot den Armen und Schaffenden.

Demonstriert euren Kampfwillen für eine Regierung der Arbeiter und werktätigen Bauern! Wählt Liste 3!

Leichenhändlung!

An den Berliner Blatssäulen wrangt ein großes Plakat der SPD mit der Klebenüberschrift: „Gegen Leichenhändlung.“ In diesem Plakat wehrt sich die SPD gegen den Vorwurf der Nazis, daß die Sozialdemokratie einen Dolchstoß gegen das kaiserliche Deutschland geführt hat. Doch und heilig verhängen die SPD-Führer, daß sie niemals daran gedacht hätten, der Kriegsführung der kaiserlichen Generale irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten.

Die SPD-Führer rühmen sich in dem Plakat, daß der Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 „durch Vermittlung von Sozialdemokraten rasch beigelegt“ wurde, d. h. daß die SPD-Führer die Munitionsarbeiter an die kaiserlichen Generale auslieferten.

Die SPD-Führer erklären in demselben Plakat, daß sie mit der Meuterei der Marinajobaten nicht das geringste zu tun hatten.

„Gegen Leichenhändlung“ schreien die SPD-Führer, aber dieses Plakat ist eine einzige Leichenhändlung an den blutigen Opfern, die die deutsche Arbeiterklasse im Kampfe gegen das monarchistische Deutschland gebracht hat. Heute noch, 14 Jahre nach dem November 1918, wagen die SPD-Führer, die heldenhafte kämpfenden Arbeiter und Soldaten zu beschimpfen. Sie rücken weit ab von der Novemberrevolution, um die Koalitionspolitik der SPD. auch weiterhin zu erhalten.

Sozialdemokratische Arbeiter, Reichsbannerkameraden! Ihr habt 1918 gemeinsam mit uns den monarchistischen Mörder ausgeföhrt! Ihr seid mit Recht stolz auf diese Taten. Heute begehen eure eigenen Führer eine Leichenhändlung, wenn sie die Revolutionäre von 1918 gegenüber den Nazis in den Dred ziehen. Darum macht endlich Schluss mit der SPD-Politik zur Unterstützung des kaiserlichen Generalfeldmarschalls Hindenburg! Kämpft in Antifaschistischer Aktion gegen Notverordnungsdictatur, Hindenburgpolitik und braune Notpest!

Milde Strafen für Nazi-Bombenfabrikanten

Stuttgart, 16. Juli. In dem Urteil gegen die Nazis, die 89 Bomben hergestellt hatten, wurde gestern das Urteil gefällt. Die beiden Hauptangeklagten, Werkpizze! der Nazis, erhielten je zwei Jahre Zuchthaus, zwei andere Angeklagte anderthalb, bzw. ein Jahr Zuchthaus.

Der Nazi-Verteidiger hielt eine provokatorische Rede vor Gericht, in der er erklärte, der Staat sei nicht in der Lage, die Ordnung aufrechtzuerhalten, weil die Zerlegungsarbeit der Kommunisten in Polizei und Reichswehr von einem gewissen Erfolg begleitet seien. Das Gericht betonte in der Urteilsbegründung, es sei ein „edles Motiv“, daß die angeklagten Nazis „dem

Staat Hilfe leisten“ wollten. Allerdings sei der Staat in der Lage, sich selbst zu schützen.

Vergleicht dieses niedrige Urteil mit den ungeheuerlich hohen Strafen im Leipziger Sprengstoffprozeß! Obwohl keiner der Angeklagten des Leipziger Prozesses den Sprengstoff verarbeitet hatte, erhielten sie sechs bis acht Jahre Zuchthaus. Aber Nazi-Bombenfabrikanten kommen mit solchen geringen Strafen davon. Sie sind ja auch, wie das Gericht ihnen ausdrücklich bescheinigte, Verteidiger der kapitalistischen Republik!

SPD- und Nazi-Führer für Millionenbelastung der Armen

Stuttgart, 16. Juli. In der letzten Sitzung des Stuttgarter Gemeinderates teilte der Oberbürgermeister Lautenschlager mit, daß ab 1. August eine zweieinhalbfache Bürgersteuer, die Getränkesteuer, eine Erhöhung der Mieten durch Umlageerhöhung und ein 20prozentiger Unterstützungsabbau für die Wohlfahrtsempfänger durchgeführt werde. Durch diese Maßnahmen werden die Arbeiter Stuttgarts mit weiteren sechs Millionen belastet.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion jagte den schärfsten Kampf gegen die Stadtverwaltung an und stellte den Antrag, dem Oberbürgermeister das Vertrauen zu entziehen. SPD- und Nazi-Raterräte stimmten gegen diesen Antrag und befürworteten damit ihre Zustimmung zu der ungeheuerlichen Millionenbelastung der Armen. Die SPD-Stadträte stimmten außerdem in derselben Sitzung einen Antrag der Kommunisten nieder, in dem der Papen-Regierung wegen ihrer Notverordnungs politik das Mißtrauen ausgesprochen wird.

Sorgfältig

Wähle auch Du, wenn Du Bedarf hast! Gehe zum Inserenten Deiner Zeitung!